

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 060/2016
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Anmietung von Büroflächen für die Ausländerbehörde

Beratungsfolge	Termin
-----------------------	---------------

Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke / Frau Ltd. KRD Schreier	24.06.2016
--	------------

Finanzielle Auswirkungen:	☒ ja	☐ nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	☐ ja	☒ nein
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) 0 EUR b) rd. 320.000 EUR in 2016	

Beschlussvorschlag:

1. Der Anmietung von Büroflächen im Gebäude der Bundesagentur für Arbeit in Ahlen, Bismarckstr. 10, für die Ausländerbehörde wird zugestimmt.
2. Für die Kosten in 2016 (Miete, Nebenkosten, Möbel, Technik etc.) werden rd. 320 T€ über- bzw. außerplanmäßig bereitgestellt.

Erläuterungen:

A) Ausgangslage

Derzeit ist die Ausländerbehörde im Kreishaus in Warendorf im Erdgeschoss in 20 Räumen untergebracht (11 Einzelbüros / 6 Doppelbüros/ 2 Dreierbüros / 1 Aktenraum). Aufgrund der drastisch gestiegenen Flüchtlingszahlen werden diese Räumlichkeiten den Anforderungen des Fachamtes jedoch nicht mehr gerecht.

Zum einen fehlt es an Bürofläche, weil das Sachgebiet Ausländerwesen seit 2015, dem Jahr des großen Flüchtlingszustromes, mit 8 Mitarbeitern verstärkt wurde (davon 4 auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung). Teilweise werden in den Büros bereits Akten auf dem Fußboden gelagert, was eine sinnvolle Aktenführung unmöglich macht und vor allem unter datenschutzrechtlichen Aspekten einen unhaltbaren Zustand darstellt. Zum anderen fehlt es an einem angemessenen Wartebereich für die Kundinnen und Kunden der Ausländerbehörde.

Folge ist eine sehr laute und störende Geräuschkulisse und eine unzureichende Aufenthaltsqualität für die Wartenden. So befindet sich beispielsweise der Aufenthaltsbereich für Kinder 20 Meter entfernt im Gebäudeteil Flur B. Die Menge der Besucher der Ausländerbehörde, insbesondere an Sprechtagen, verschlechtert die eigentliche Funktion der Halle als Verkehrsfläche erheblich.

Durch bauliche Veränderungen innerhalb des Bestands können keine ausreichenden Verbesserungen herbeigeführt werden. So ist das Foyer als Verkehrsfläche und nicht als Wartebereich konzipiert. Außerdem kann der zusätzliche Raumbedarf auch nicht durch Raumoptimierungsmaßnahmen in anderen Ämtern gedeckt werden. Aufgrund der immer weiter zunehmenden Aufgaben des Kreises Warendorf ist die Raumsituation im Kreishaus schon seit Jahren angespannt. Das letzte große Raumoptimierungskonzept wurde im Jahr 2014 mit externer Unterstützung umgesetzt. Dadurch konnte die Raumnot zwar gelindert, aber nicht geheilt werden. Die Situation hat sich seitdem weiter verschärft. So hat der Kreis Warendorf in diesen rd. zwei Jahren aufgrund des Aufgabenzuwachses 44 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen.

Daher ist die Bereitstellung erweiterter Räumlichkeiten für die Ausländerbehörde außerhalb des Kreishauses erforderlich. Nach Prüfung der Möglichkeiten eines Anbaus ans Kreishaus sowie eines kompletten Neubaus wurden diese Optionen aus Kostengründen verworfen. Im direkten Vergleich stellt sich die Anmietung einer Immobilie als deutlich preiswerter dar. Zudem sind die Ressourcen des Kreises durch das Großprojekt "Erweiterungsbau für die Leitstelle des Kreises" in den nächsten Jahren bereits gebunden, so dass ein weiteres Bauprojekt nur mit Mühen zu realisieren wäre.

Angesichts der angespannten Haushaltslage sowohl des Kreises als auch der kreisangehörigen Städte und Gemeinden kann die Anmietung weiterer Büroflächen aber nicht alleiniges Mittel zur Reduzierung der Raumnot sein. Daher wurde bereits zu Beginn des Jahres eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitern der Kämmerei, des Haupt- und Personalamtes sowie Vertretern des Personalrates gebildet, die parallel nach weiteren räumlichen Optimierungsmaßnahmen – auch unter Zuhilfenahme flexibler Arbeitszeitgestaltung und neuen Arbeitsplatzmodellen wie z. B. "Desk Sharing" – sucht.

B) Entscheidung für den Standort Ahlen

Der Suche nach neuen Räumlichkeiten für eine vergrößerte Ausländerbehörde lag die Überlegung des Ordnungsamtes zu Grunde, wo im Kreisgebiet die meisten Kundinnen und Kunden anzutreffen sind. Dies ist der Südkreis, in dem ca. 70 % der im Kreisgebiet lebenden Ausländer wohnen. Innerhalb des Südkreises sind besonders viele Kundinnen und Kunden der Ausländerbehörde in der Stadt Ahlen ansässig.

Bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten wurde dem Kreis Warendorf seitens der Bundesagentur für Arbeit die Möglichkeit eröffnet, ausreichend Büroflächen in deren Gebäude in Ahlen, Bismarckstr. 10, anzumieten.

Die Mietfläche befindet sich im 1. und 2. Obergeschoss, umfasst 27 Büroräume, zwei Besprechungsräume, Registratur- und Aktenräume sowie drei Wartezonen und umfasst eine Fläche von rd. 1.000 qm. Sie reicht aus, um allen Anforderungen einer optimierten Ausländerbehörde Rechnung zu tragen. So können z. B. sowohl im 1.OG als auch im 2. OG Warteräume eingerichtet werden. Ebenso sollen auf beiden Geschossen kleine Spielbereiche für Kinder vorgehalten werden. Darüber hinaus ist eine Raumreserve vorhanden für den Fall, dass weitere Personalaufstockungen erforderlich werden.

Insbesondere kann hier der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, für die Betreuung der Kunden der Ausländerbehörde Einzelbüros vorzuhalten. Es gibt regelmäßig sehr kritische Gespräche, in denen viele persönliche Daten und Lebenssituationen der Ausländer besprochen werden müssen. Gerade auch das Thema einer freiwilligen Ausreise bzw. einer möglichen Abschiebung muss in größtmöglicher Ruhe besprochen werden können, da die emotionale Anspannung naturgemäß besonders groß ist. Häufig kommen Kunden der Ausländerbehörde mit mehreren Familienangehörigen, wodurch – insbesondere bei parallelem Kundenbesuch – eine hohe Geräuschkulisse zu dienstlichen Beeinträchtigungen führt.

Hervorzuheben ist zudem die Nähe zum Integration Point, welcher im gleichen Gebäude ansässig ist. Die räumliche Nähe erleichtert den Ausländern mit Bleibeperspektive, Terminabsprachen am gleichen Tage zu treffen oder auch nur spontan den Integration Point aufzusuchen, um erste Erkundigungen zur eigenen Situation einzuholen. Auch die unmittelbare Nachbarschaft zur Anlaufstelle Ahlen des Jobcenters und zum Kommunalen Integrationszentrum des Kreises bietet viele Vorteile und Synergieeffekte.

Besonders attraktiv sind die Räume an der Bismarckstraße in Ahlen auch, weil sie dem Kreis Warendorf bereits ab dem 01.08.2016 zur Verfügung stehen!

Damit kann der Kreis Warendorf bereits kurzfristig seiner Verantwortung gerecht werden und unter optimierten Voraussetzungen eine effiziente und zügige Bearbeitung der Ausländerangelegenheiten durchführen.

C) Finanzielle Auswirkungen

Der Mietzins für die anzumietende Fläche beträgt 6,50 €/m² (Durchschnittlicher Mietzins für angemietete Kreisliegenschaften 7,80 €/m².) Hinzu kommt eine Nebenkostenpauschale von 2,30 €/m² für die Kosten des Betriebs der technischen Anlagen, der Wasser- ver- und entsorgung, Straßenreinigung, Winterdienst etc. Ferner fallen Kosten für Reinigung, Strom, Stellplatzmiete, Umzug, kleine Instandsetzungsarbeiten etc. an.

Dem Aspekt der Sicherheit innerhalb der Einzelbüros wird durch die Beschaffung einer sog. sicherheitsfokussierten Möblierung und durch das Schaffen von Verbindungstüren zwischen den einzelnen Büros Rechnung getragen. Insgesamt fallen für Miete, Nebenkosten, Möbelbeschaffung, Renovierungsarbeiten (teilweise durch den Vermieter kompensiert), Umzug etc. in 2016 (August bis Dezember) rd. 190 T€ an.

Für die Informationstechnik und Telekommunikation entstehen nach derzeitigem Stand 2016 Kosten von rd. 130 T€. So ist die IT-Anbindung an das Kreishaus über den Ausbau einer Richtfunkstrecke vom Jobcenter in Ahlen zum neuen Standort in Ahlen sicherzustellen (25 T€ + Wartungskosten i.H.v. rd. 20 T€). Ferner sind Telefone nebst Lizenzen zu beschaffen und zu installieren, Arbeitsplatzverkabelungen vorzunehmen und zwei Aufrufanlagen für die Besucher einzubauen.

Gleichzeitig sind Vorkehrungen für die Abwicklung eines bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu schaffen. Jährlich fallen im Bereich der Ausländerbehörde Gebühren in Höhe von rund 180 T€ an. Zum Zwecke des Kundenservice, zur Vermeidung offener Forderungen und insbesondere zur Sicherheit der Mitarbeiter erfolgt derzeit die Zahlung über den Kassenautomaten der Kfz-Zulassungsstelle in Warendorf. So wird vermieden, dass die Mitarbeiter täglich große Mengen an Bargeld in ihren Dienstzimmern verwahren müssen, was unter Sicherheitsaspekten unverantwortlich ist. Am neuen Standort müssen daher EC-Cash-Geräte und ein Kassenautomat (45 T€) installiert werden.

Insgesamt entstehen damit nach derzeitigem Kenntnisstand in 2016 über- bzw. außerplanmäßig konsumtive Aufwendungen i.H.v. rd. 200 T€ und investive Kosten i.H.v. rd. 120 T€. Die betroffenen Ämter Informationstechnik und Ordnungsamt sowie das Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften streben eine (teilweise) Deckung dieser Kosten über ihre Budgets an.

Eine alternative Lösung, die zu vergleichbaren Konditionen auch nur einen annähernd gleichen Standard für die dringenden Bedarfe der Ausländerbehörde bietet, ist nicht ersichtlich.

1. _____
Amtsleitung
2. _____
Dezernent
3. _____
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen
Auswirkungen)
4. _____
Landrat